

Pressestatement

Berlin, 06.04.2022 – Im Rahmen der Diskussion um die mögliche Einführung einer Impfpflicht, wird auch eine verpflichtende Impfberatung diskutiert. Hierzu erklärt der Bundesvorsitzende des Deutschen Hausärzteverbandes, Ulrich Weigeldt:

„Die Hausärztinnen und Hausärzte bieten jeder Patientin und jedem Patienten an, sich in den Praxen über die Impfung zu informieren. Die Kolleginnen und Kollegen versuchen auch nach über zwei Jahren Pandemie bei jeder Gelegenheit, Unentschlossene von den unbestreitbaren Vorteilen der Impfung zu überzeugen. Die Türen der Hausärztinnen und Hausärzten stehen jedem Interessierten jederzeit offen.

Was wir klar ablehnen, ist eine verpflichtende Impfberatung in den Hausarztpraxen. Es ist grundsätzlich schwer vorstellbar, wie eine sinnvolle Beratung aussehen soll, wenn die Betroffenen zu dieser verpflichtet werden und eigentlich kein Interesse an ihr haben. Es ist nicht die Aufgabe der Hausärztinnen und Hausärzte, staatlich verordnete Beratungsgespräche gegen den Wunsch der Betroffenen zu führen. Das verträgt sich auch nicht mit dem vertrauensvollen Arzt-Patientenverhältnis. Außerdem wäre eine verpflichtende Beratung in den Praxen vor dem Hintergrund der enormen Belastung der Kolleginnen und Kollegen, aber auch der Praxismitarbeiterinnen und Praxismitarbeiter in den vergangenen zwei Jahren, nicht zumutbar. Auch die Praxen sind irgendwann an ihrer Belastungsgrenze.

Ob eine Impfpflicht am Ende kommt oder nicht ist eine politische Entscheidung. Sollte der Gesetzgeber sich für eine verpflichtende Impfberatung entscheiden, muss er sagen, wie er das konkret organisieren will, ohne die Praxen hierfür einzuspannen und so weiter zu belasten.“

Pressekontakt:

Deutscher Hausärzteverband e.V. | Büro des Bundesvorsitzenden
Vincent Jörres | Pressesprecher
Bleibtreustraße 24, 10707 Berlin
☎ + 49 (0) 30 887 143 73-60 | pressestelle@hausaerzteverband.de
www.hausaerzteverband.de